

Gemeinderat Schramberg stellt Jahresrechnung fest



Schramberg. Der Gemeinderat Schramberg hat den Jahresabschluss 2017 einstimmig festgestellt. Die Prüfung hatte keine Beanstandungen ergeben.

Andrea Lepsch, Leiterin des gemeinsamen Rechnungsprüfungsamts der Städte Schramberg und Rottweil, erläuterte die Vorgehensweise und stellte einige Zahlen vor. Schwerpunkt der Prüfung 2017 waren die Belegschaftskasse, die Sanierungsgebiete Talstadt-West und Am Brestenberg/Sängerstraße, die Volkshochschule, der Theaterring, das Auto- und Uhrenmuseum „Erfinderzeiten“, die Grundsicherung durch den Bund nach dem Sozialgesetzbuch 12, die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, die Gebäudereinigung, Verwendungsnachweis für die Innenentwicklung Waldmössingen und die Modernisierung der Straßenbeleuchtung, Renaturierung Kirnbach und Landesstraße 175 in der Ortsdurchfahrt Berneckstraße.

Beim Thema Vergabeproofungen informierte Lepsch, dass im Jahr 2017 insgesamt 17 Einzelsubmissionen mit einer Vergabesumme von 1,9 Millionen Euro gab, im Jahr 2016 waren es

Gemeinderat Schramberg stellt Jahresrechnung fest

noch 4,9 Millionen Euro. Die 53 im Jahr 2017 abgeschlossenen Architekten- und Ingenieurverträge betragen im Hochbau 67.000 Euro, im Tiefbau 218.000 Euro und in der Stadtplanung 850.000 Euro.

Ebenfalls geprüft wurden die Vereine Musikschule, Verein für kommunale Jugendarbeit und Bürgerengagement, der Verein Bürgerbus und der Verein Szene 64. Beanstandungen gab es keine.

Deutlich besser als gedacht, war unter dem Strich der Ergebnishaushalt. Ging man in der Planung von einem Minus von 2,2 Millionen Euro aus, so erwirtschaftete die Verwaltung einen Überschuss von 5,6 Millionen Euro. Nimmt man ein Sonderergebnis noch hinzu, so liegt das Gesamtergebnis bei einem Plus von 6,2 Millionen Euro und damit fast 8,5 Millionen Euro besser als erwartet.

Der Finanzhaushalt, der die Liquidität einer Kommune aufweist, sollte laut Plan mit einem Minus von 2,7 Millionen Euro abschließen, stattdessen gab es ein Plus von 8,6 Millionen Euro, was einen Unterschied von 11,3 Millionen Euro bedeutet.

Hintergrund der deutlichen Verbesserungen sind unter anderem eine um 5,7 Millionen Euro höhere Gewerbesteuer als erwartet, höhere Schlüsselzuweisungen vom Land und höhere Zuweisungen vom Bund. Gleichzeitig gab es in mehreren Bereichen geringere Ausgaben. So etwa beim Personal von 412.000 Euro.

Bei Gesamtaufwendungen von 60,1 Millionen Euro, lagen die Personalaufwendungen bei 14,3 Millionen Euro. Bei den Einrichtungen gab es mehrere Verbesserungen. So liegt der Kostendeckungsgrad bei der Volkshochschule bei 88 Prozent und damit 34 Prozentpunkte über dem Planansatz. Bei der Erddeponie Deisenbühl gibt es einen Kostendeckungsgrad von 172 Prozent. Hierdurch werden Wenigereinnahmen bei der Erddeponie Rodelsberg ausgeglichen, deren Deckungsgrad bei 41 Prozent liegt. Beim Bestattungswesen ist der geplante Kostendeckungsgrad um fast elf Prozentpunkte überschritten worden.

Der Zahlungsmittelüberschuss lag 2017 bei 10,9 Millionen Euro, es wurden Kredite von rund 250.000 Euro getilgt, die Nettoinvestitionsrate lag bei 10,6 Millionen Euro. Der Saldo aus Investitionstätigkeit war bei Minus zwei Millionen Euro und die Restfinanzierung aus liquiden Mittel betrug 8,6 Millionen Euro. Der Bestand der liquiden Mittel lag am 1. Januar 2017 bei 8,5 Millionen Euro und am 31. Dezember 2017 bei 2,8 Millionen Euro. Die Nettoinvestitionsrat lag in Schramberg bei 506 Euro je Einwohner, im Landesdurchschnitt sind es 328 Euro. Die Reinvestitionsquote lag im Jahr 2017 bei 135 Prozent.

Der Schuldenstand lag 2017 bei 177 Euro je Einwohner im Jahr zuvor waren es 189 Euro je Einwohner. Der Landesdurchschnitt liegt bei 436 Euro. Bezieht man allerdings die Eigenbetriebe mit ein, so lag die Verschuldungen pro Einwohner zu Jahresende 2017 bei 1958 Euro, nach 1988 Euro im Vorjahr. Der Landesschnitt liegt hier bei 1020 Euro.

Die Verwaltung versprach, den Jahresabschluss für 2018 Anfang 2020 vorzulegen.